



Wahlprüfsteine zur Europawahl 2024



VDB-Wahlprüfsteine Europawahl 2024



Disclaimer

Im Folgenden werden die vollständigen Antworten der Parteien auf die vom VDB eingereichten Wahlprüfsteine zur Europawahl im Wortlaut wiedergegeben.

Die Wiedergabe erfolgt in der zeitlichen Reihenfolge der jeweils bisher eingegangenen Rückmeldungen. Sollten weitere Antworten vor dem 08.06.2024 eintreffen, behalten wir uns vor, diese Wahlprüfsteine zu ergänzen.

VDB-Wahlprüfsteine Europawahl 2024



1. Wie steht Ihre Partei zu den Plänen der Europäischen Kommission, ein generelles Verbot von bleihaltiger Munition in der EU einzuführen?

	<p>Wir fordern bereits seit Jahren ein EU-weites Verbot der Verwendung bleihaltiger Munition bei der Jagd. Bleifreie Munition ist nicht nur besser für die Natur, sondern auch für alle, die gern Wild essen. Greifvögel wie Steinadler und Rotmilan, die die Innereien von mit Bleimunition geschossenen Rehen und Wildschweinen verzehren, sterben qualvoll an Bleivergiftungen. Auch im Wildbret für den menschlichen Verzehr ist oft Blei nachweisbar. Es kann das Nervensystem und die Nieren schädigen und wird als krebserregend eingestuft – daher sollte auf bleifreier Jagdmunition gesetzt werden, die keine Nachteile mit sich bringt.</p>
	<p>Nach unserem Wissensstand plant die Europäische Kommission kein generelles Verbot von bleihaltiger Munition in der EU. Derzeit gibt es lediglich Überlegungen, das Verbot von Bleimunitionen in Feuchtgebieten auf andere Gebiete in der freien Natur auszuweiten, zum Schutz von Böden, Gewässern, Vögeln und auch Menschen. Die Europa-SPD unterstützt dies. Es sollte Ausnahmen für die Nutzung von bleihaltiger Munition auf Schießständen geben, bei denen sichergestellt werden kann, dass die verbrauchten Geschosse und Schrote eingesammelt und recycelt werden.</p>
	<p>CDU und CSU lehnen es ab, dass bleihaltige Munition in der EU generell verboten wird. Wir setzen uns für eine Minimierung von Blei in Munition nach dem jeweiligen Stand der Technik ein und fordern einen wissenschaftsbasierten sowie praxisorientierten Weg. Allenfalls wären ein langsamer Ausstieg denkbar, wenn geeignete Alternativen zur Verfügung stehen, die (bei Jagdmunition) tierschutzgerecht töten, genauso sicher und wirtschaftlich vertretbar sind. Die Konsequenz eines generellen Verbots wären darüber hinaus eine Überprüfung und teilweise Überarbeitung aller Schießstände in der Europäischen Union – und das ist die große Befürchtung vieler Verbände und Betroffener – ein Sterben des Schießsports, des jagdlichen Wettkampfschießens sowie eine Verringerung des jagdlichen Schießtrainings auf ein Minimum. Tierschutzrechtlichen Aspekten kommt hierbei eine besondere Bedeutung zu.</p>
	<p>Bleieintrag in die Natur kann die Gesundheit von Menschen und den Bestand von Ökosystemen gefährden. Gleichzeitig ist Blei ein Werkstoff mit einzigartigen Eigenschaften, die ihn für bestimmte Verwendungen nahezu zwingend machen. Wir Freie Demokraten treten deshalb dafür ein, dass Blei mit Augenmaß dort reduziert wird, wo es möglich ist. Wo es keine oder nur nachteilige Alternativen gibt, muss anderweitig sichergestellt werden, dass es zu keinem Eintrag von Blei in Ökosysteme kommt. Mit Bezug auf den Schießsport kann dies beispielsweise durch Schießstände mit Kugelfang und ein Auffangen und Recyceln verschossener Munition geschehen. Viele Vereine setzen diese Maßnahmen auch bereits um.</p>
	<p>Ein generelles Verbot von bleihaltiger Munition in der EU ist aus Sicht der AfD weder zielführend noch zweckmäßig.</p>
	<p>Wir lehnen das generelle Verbot von bleihaltiger Munition in der EU ab. Die geplanten Vorstöße gefährden neben der Jagd vor allem die Schießsportvereine in Deutschland.</p>

VDB-Wahlprüfsteine Europawahl 2024



2. Käme es zu einem Verbot bleihaltiger Munition, würden viele zivile Schusswaffen und die im Handel lagernde Munition de facto unverkäuflich werden. Sollte nach Ihrer Auffassung die EU den Mitgliedsstaaten Vorgaben für Entschädigungszahlungen an die Besitzer beziehungsweise Fachhändler machen?

	<p>Die Frage nach dem Umgang mit Altbeständen und Entschädigungen ist im Rahmen einer möglichen Verbotsregelung zu behandeln.</p>
	<p>Ein generelles Verbot bleihaltiger Munition ist nicht vorgesehen. Über die Notwendigkeit von Entschädigungszahlungen und Vorgaben dazu sollten die Mitgliedsstaaten eigenständig entscheiden.</p>
	<p>Bei einer Umstellung auf alternative Munition würde es den Vereinen, Gewerbetreibenden und Privatpersonen nicht immer möglich sein, bleihaltige Munition in Gänze zu verkaufen oder aufzubrechen. Ein Verbot bleihaltiger Munition ohne entsprechende Entschädigung oder Übergangsfrist käme einer Enteignung gleich, die wir ablehnen. Daher ist im Falle eines Verbots über die gesetzliche Verankerung einer marktpreisorientierten Entschädigungsregelung auf europäischer Ebene nachzudenken. Für Waffenbesitzer sollte es ausreichend lange Übergangsfristen geben und die Möglichkeit, vor einem Stichtag erworbene Munition unbefristet weiter zu verwenden. Bereits hergestellte Munition muss weiterhin vermarktet werden dürfen.</p>
	<p>Bei der beabsichtigten Regulierung von Blei in Munition auf europäischer Ebene muss zu jeder Zeit die Verhältnismäßigkeit berücksichtigt werden. Wo keine oder nahezu keine Gefahr eines Eintrags in die Natur besteht, muss auch zukünftig bleihaltige Munition Verwendung finden dürfen. Dies gilt insbesondere dort, wo Schützenvereine und Schießstandbetreiber bereits umfassende Maßnahmen ergriffen haben, um den Eintrag von Blei in die Natur zu unterbinden. Wir Freie Demokraten lehnen ein umfassendes Bleiverbot auf europäischer Ebene deshalb ab. Ein Bleiverbot, das einer Enteignung gleichkommt, muss mit einer Entschädigung versehen werden.</p>
	<p>Nein, solche Regelungen, auch zu einem Bleiverbot, sollten allein in der Kompetenz der Nationalstaaten verbleiben. Zielführender wäre ein Kompromiss für einen Bestandsschutz für bestehende und lagernde Waffen, die keinem verstärkten Beschuss standhalten, bzw. für deren nutzbare Munition. Aus diesen Waffen sollte auch bei einem generellen Verbot weiterhin bleihaltige Munition verschossen werden dürfen.</p>
	<p>Sollte es zu einem Verbot kommen, müssen für den Handel ausreichende Übergangsfristen geschaffen werden. Gerade im Hinblick auf den Verkauf von zivilen Waffen muss eine Entschädigung angedacht werden, da mit dem Bleiverbot viele Sportgeräte über Nacht unbrauchbar wären.</p>

VDB-Wahlprüfsteine Europawahl 2024



3. Sollte es auf europäischer Ebene zu keiner Einigung bezüglich Entschädigungszahlungen kommen, würde sich Ihre Partei dann auf nationaler Ebene dafür einsetzen?

	<p>Siehe Antwort auf Frage 2.</p>
	<p>Ein generelles Verbot bleihaltiger Munition ist nicht vorgesehen. Über die Notwendigkeit und Höhe von Entschädigungszahlungen sollte erst diskutiert werden, wenn es eine Entscheidung diesbezüglich gibt.</p>
	<p>Ja. Wir haben in Deutschland Jäger, Sportschützen, Gebirgsschützen, Traditionsschützen, Büchsenmacher, Sammler und Waffenliebhaber, die allesamt ein Stück deutsche Kultur pflegen, und auch wir wollen diese Kultur erhalten. Sollte es auf europäischer Ebene zu keiner Einigung bezüglich Entschädigungszahlungen kommen, sollten sich Bund und Länder gemeinsam auf eine Unterstützung für betroffene Personengruppen verständigen.</p>
	<p>Wir Freie Demokraten sehen Eingriffe in das grundgesetzlich verbrieftete Recht auf Eigentum sehr kritisch. Das Grundgesetz und die Rechtsprechung enthalten umfassende Regeln für Entschädigungen für Enteignungen und solche staatlichen Eingriffe, die Enteignungen gleichkommen. Ob eine Regulierung von bleihaltiger Munition auf europäischer Ebene einer Enteignung gleich kommt, bleibt abzuwarten. Sollte der europäische Gesetzgeber in diesem Fall keine Entschädigungslösung in Erwägung ziehen, muss ernsthaft geprüft werden, ob nicht eine Entschädigung auf nationaler Ebene geboten ist.</p>
	<p>Die AfD wird sich dafür einsetzen, dass es zu keinem Verbot von bleihaltiger Munition kommt. Eine pragmatische Lösung in dieser Situation wäre ein Bestandsschutz statt Entschädigungszahlungen für vorhandene – also bereits produzierte bzw. im Umlauf befindliche – Waffen. Aus diesen sollte weiterhin bleihaltige Munition verschossen werden dürfen.</p>
	<p>Auf nationaler Ebene müssten gerade zum Erhalt des Schießsportes viele Zuschüsse an die Vereine gezahlt werden, damit diese die Schießsportstätten modernisieren können. Auch für den Eingriff in die Eigentumsverhältnisse müssen entsprechende Kompensationen angedacht oder Ausnahmen aufgestellt werden.</p>

VDB-Wahlprüfsteine Europawahl 2024



4. Wie steht Ihre Partei dazu, ein generelles Verbot des Stoffes Blei in der EU einzuführen?

	<p>Blei gehört zu den Stoffen, die Mensch und Ökosysteme dauerhaft schädigen. Überall dort, wo dieser schädliche Stoff gut ersetzt werden kann und insbesondere in verbrauchernahen Produkten, wollen wir aus seiner Verwendung rasch aussteigen. Gleichzeitig brauchen wir einen differenzierten Regulierungsrahmen, um die Entwicklung von Alternativen zu verstärken. Unter anderem durch sachgerechte Übergangsfristen wollen wir die Herstellung von wichtigen Produkten und die Entwicklung von Zukunftstechnologien weiterhin sicherstellen, aber zugleich die Erforschung giffreier Produktionsmethoden stärken.</p>
	<p>Blei ist ein hochwirksames Umweltgift und kann schwere neurologische Schäden verursachen. Blei ist daher zu Recht unter der EU-Chemikalienrichtlinie REACH als "besonders besorgniserregender Stoff" eingestuft. Die Europa-SPD unterstützt ein Verbot von Blei für solche Anwendungen, für die es bereits sicherere Alternativen gibt und bei denen nicht sichergestellt werden kann, dass das Blei in die Umwelt gerät. Ausnahmen für bleihaltige Munition auf Schießständen, auf denen sichergestellt werden kann, dass die verbrauchten Geschosse und Schrote eingesammelt und recycelt werden, können gerechtfertigt sein.</p>
	<p>Ein pauschales Verbot sehen wir kritisch. Es gibt eine Reihe von Anwendungen, bei denen Blei nach wie vor notwendig ist (z. B. bestimmte Munition für Jäger und Sportschützen). Beschränkungen müssen in jedem Fall wissenschaftlich gerechtfertigt und verhältnismäßig sein (auch wirtschaftlich) sowie ausreichend lange Übergangsfristen und Besitzstandsregelungen vorsehen.</p>
	<p>Siehe Antwort auf Frage 1.</p>
	<p>Blei ist ein wichtiger industrieller Werkstoff mit einer enormen Breite an Verwendungsmöglichkeiten. Ein generelles Verbot von Blei wäre wirtschafts-, industrie- und technologiepolitisch maximal fahrlässig.</p>
	<p>Wir lehnen ein generelles Bleiverbot in der EU ab. Die im Rahmen von REACH geforderten weitreichenden Einschränkungen stellen von der Jagd bis zur Restauration/Denkmalpflege viele Vereine und Verbände vor große Herausforderungen. Ein umweltbewusster Umgang mit dem Stoff Blei ist im Rahmen bestehender Gesetze unserer Ansicht nach ausreichend geregelt.</p>

VDB-Wahlprüfsteine Europawahl 2024



5. Spricht sich ihre Partei für eine Neufassung der Europäischen Feuerwaffen-Richtlinie in der kommenden Legislaturperiode aus – und wenn ja, welche Schwerpunkte sollte diese haben?

	<p>Wir setzen uns über die aktuelle EU-Feuerwaffenrichtlinie hinausgehende verbesserte und gemeinsame Standards auf EU-Ebene ein. Dabei stehen für uns die Verbesserungen beim Austausch von Informationen zwischen den Sicherheitsbehörden der EU-Mitgliedstaaten sowie bei der Rückverfolgung von Waffen im Vordergrund. Damit wollen wir erreichen, dass Waffen nicht in die Hände von Extremist*innen gelangen.</p>
	<p>Die SPD setzt sich für strengere Regulierungen und Kontrollen von Schusswaffen ein, um die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten. Wir unterstützen die Neufassung der Europäischen Feuerwaffenrichtlinie, um den Handel und Besitz von Schusswaffen zu überwachen und mögliche Risiken einzudämmen. Konkrete Schwerpunkte dieser Neufassung könnten Maßnahmen zur stärkeren Überwachung von Schusswaffenverkäufen, zur Eindämmung des illegalen Waffenhandels und zur Einschränkung des Zugangs zu Schusswaffen für Personen mit potenziell gefährlichem Verhalten sein.</p>
	<p>Die überwiegende Mehrheit der legalen Waffenbesitzer – wie Jäger, Schützen und Waffensammler – geht verantwortungsvoll mit ihren Waffen um. CDU und CSU sind stets dafür eingetreten, dass sie nicht unter einen Generalverdacht gestellt werden. Der berechtigte Waffenbesitz muss auch in Zukunft in Deutschland anerkannt bleiben. Wir sehen keine Notwendigkeit einer Neufassung der europäischen Feuerwaffenrichtlinie – vor allem sehen wir keinen Verschärfungsbedarf. Es sollte aber ggf. überprüft werden, inwieweit die letzten Änderungen etwas zur inneren Sicherheit beitragen konnten und welche Korrekturen erforderlich sind, um einerseits etwas gegen den illegalen Handel mit Kriegswaffen zu tun, andererseits den Besitzern legaler Waffen keine unverhältnismäßigen Belastungen aufzubürden. Wir sehen bei der Feuerwaffenrichtlinie einen Bedarf für Bürokratieabbau und praxisgerechtere Regelungen (z.B. bei Magazinen, Halbautomaten und dem Europäischen Feuerwaffenpass).</p>
	<p>Die Feuerwaffen-Richtlinie wurde erst in der vergangenen Legislatur geändert. Die Umsetzung durch alle Mitgliedstaaten ist noch nicht lange genug in Kraft, um abschließende Aussagen über die Erreichung der mit der Richtlinie verfolgten Ziele zuzulassen. Grundlage für weitere Rechtsanpassungen kann nur das Ergebnis einer umfassenden Evaluierung sein, die tatsächlich bestehende Schutzlücken aufzeigt. Aus Sicht von uns Freien Demokraten sind die Vorgaben der EU-Feuerwaffenrichtlinie bereits sehr streng und werden in einigen Mitgliedstaaten, wie beispielsweise in Deutschland, auch noch übererfüllt, was zu erheblichen Einschränkungen von Jägern und Sportschützen führt.</p>
	<p>Ja. Es hat sich gezeigt, dass die beabsichtigten Restriktionen zur Bekämpfung des Terrorismus bzw. der Kriminalität mit illegalen Waffen keine Auswirkungen haben und lediglich Legalwaffenbesitzer betreffen (z.B. bei den Magazinrestriktionen). Grundsätzlich ist das deutsche Waffenrecht aber weitgehend restriktiver als die Vorgaben durch die Europäische Feuerwaffenrichtlinie. Der VDB hatte hierzu im letzten Jahr bereits konkrete Vorschläge erstellt, die aus Sicht der AfD eine sinnvolle Grundlage für die Novellierung des deutschen Waffenrechtes bilden.</p>
	<p>Wir FREIE WÄHLER erachten das bestehende Waffenrecht für angemessen.</p>

VDB-Wahlprüfsteine Europawahl 2024



6. Der zivile Waffenfachhandel ist von vielen bürokratischen Regelungen, beispielsweise beim Im- und Export in Drittstaaten, betroffen. Sieht Ihre Partei Möglichkeiten, EU-Vorgaben für den Handel mit Feuerwaffen abzubauen?

	<p>Wir wollen auf der Grundlage des gemeinsamen Standpunkts der EU eine Rüstungsexportkontrollverordnung beschließen, die Transparenz und Klarheit schafft sowie auf europäischen Werten und einer gemeinsamen Einschätzung der Sicherheitslage beruht. Europäische Waffen dürfen nicht weiter in die Hände von Regimen gelangen, die Menschenrechte systematisch verletzen oder diese für Verbrechen der Aggression nutzen. Wir setzen uns daher für ein weitgehendes Exportverbot für Kleinwaffen an Drittstaaten ein.</p>
	<p>Die für den Handel von zivilen Feuerwaffen grundlegende EU-Feuerwaffenverordnung wurde erst vor kurzem überarbeitet und tritt wahrscheinlich Ende 2024 in Kraft. Die neuen Vorschriften werden die legale Einfuhr und Ausfuhr von Feuerwaffen für den zivilen Gebrauch durch die Harmonisierung der Vorschriften und die Digitalisierung erleichtern und den bürokratischen Aufwand für den zivilen Waffenhandel reduzieren.</p>
	<p>Eine Überregulierung und unnötige Bürokratie behindern den legitimen zivilen Waffenfachhandel. Daher setzen wir uns dafür ein, die EU-Vorgaben für den Handel mit Feuerwaffen zu überprüfen und gegebenenfalls zu vereinfachen, um den Prozess für alle Beteiligten transparenter und zugänglicher zu gestalten. Wir streben nach einem ausgewogenen Ansatz, der sowohl Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger gewährleistet als auch die legitimen Bedürfnisse von Waffenbesitzern und -händlern respektiert.</p>
	<p>Wir Freie Demokraten stehen für den Abbau unnötiger Bürokratie auf nationaler wie europäischer Ebene. Beim Export von Waffen muss sichergestellt werden, dass diese ordnungsgemäß registriert sind und an berechnete Empfänger gehen. Darüber hinaus muss aber vermieden werden, dass Händler und Industrie durch exzessive Anforderungen für Im- und Export belastet werden. Auch die unterschiedliche Auslegung der europäischen Vorgaben in den Mitgliedstaaten muss europaweit vereinheitlicht werden, um keine Wettbewerbsnach- oder -vorteile zu schaffen.</p>
	<p>Hierzu hat AfD keine konkrete programmatische Position. Wir stehen konkreten Änderungsvorschläge aber offen gegenüber.</p>
	<p>Wir unterstützen eine Digitalisierung der Verwaltungsvorgänge, insbesondere für die Händler. Mit den nun beschlossenen EU-weiten elektronischen Genehmigungssystemen hoffen wir auf eine effektivere Überwachung und einen verbesserten Informationsaustausch zwischen den Behörden, ohne die Händler zusätzlich zu belasten. Gerade bei uns in Deutschland sind die bürokratischen Vorgaben für Händler schon sehr beachtlich. Mit einer europäischen Anpassung (konsequenter Digitalisierung aller nationalen Systeme) sehen wir einen Vorteil für den grenzüberschreitenden Handel.</p>

VDB-Wahlprüfsteine Europawahl 2024



7. Wie steht Ihre Partei zum Vorschlag, eine EU-weite digitale Plattform zur Erfassung ziviler Feuerwaffen einzuführen und falls ja, welche Kernelemente sollte diese beinhalten?

	<p>Schwere Gewalttaten und Terroranschläge haben in der Vergangenheit immer wieder gezeigt, dass Schusswaffen zu leicht verfügbar sind. Wir wollen die Verfügbarkeit von illegalen Schusswaffen einschränken und den illegalen Waffenhandel austrocknen. Für sogenannte Anscheinswaffen, beispielsweise Sammlerstücke, wollen wir wirksame europäische Standards einführen, damit eine Reaktivierung der Waffen nicht mehr möglich ist. Waffen und relevante Waffenteile müssen lückenlos registriert werden. Wir setzen uns für gemeinsame und strenge Standards für die Zuverlässigkeitsprüfung für Waffenbesitzer*innen ein.</p>
	<p>Unser größtes Ziel bei der Regulierung von Feuerwaffen in der Europäischen Union ist das Vorbeugen, gefährlicher Waffen in die falschen Hände geraten zu lassen. Dazu sind eine verbesserte Rückverfolgbarkeit und ein guter Informationsaustausch vor allem zwischen Behörden notwendig. Die Einführung einer digitalen Plattform zur Erfassung ziviler Feuerwaffen könnte maßgeblich zur Erreichung dieser Ziele beitragen</p>
	<p>Deutschland hat ein sehr strenges Waffenrecht. Wir wissen gleichzeitig aber auch, dass wir in Deutschland ein generelles Problem im Vollzug des Waffengesetzes haben. Wir sprechen uns daher für eine effektivere Behördenvernetzung und -kommunikation aus, indem beispielsweise das Nationale Waffenregister zu einer interaktiven Plattform umgebaut wird, auf der die Behörden innerhalb Deutschlands und der EU Informationen teilen und einsehen können.</p>
	<p>Die EU-Feuerwaffenrichtlinie sieht bereits vor, dass Schusswaffen registriert werden. Deutschland hat hierfür das Nationale Waffenregister eingeführt. Bei der Implikation dieses Registers sind viele Probleme aufgetreten. Bei der Einführung eines europaweiten Registers ist zu befürchten, dass derartige Probleme noch einmal verstärkt eintreten. Wichtiger als ein europäisches Register ist aus der Sicht von uns Freien Demokraten, dass die nationalen Register Schnittstellen haben, damit beispielsweise bei der Reise über EU-Binnengrenzen hinweg nachvollzogen werden kann, dass eine Waffe im Mitgliedstaat ordnungsgemäß registriert und berechtigt besessen wird. Dies ermöglicht es beispielsweise Sportschützen, leichter an internationalen Wettkämpfen teilzunehmen.</p>
	<p>Eine EU-weite zentrale Erfassung zu Eigentümerdaten von Legalwaffenbesitzern lehnt die AfD aus Gründen der Subsidiarität, des Datenschutzes und auch der Sicherheit für die Legalwaffenbesitzer ab.</p>
	<p>Wir halten die Einführung einer EU-weiten Plattform zur Erfassung ziviler Feuerwaffen nicht für zielführend. Der zusätzliche administrative Aufwand steht für uns in keinem Verhältnis zu einem etwaigen Nutzen.</p>

VDB-Wahlprüfsteine Europawahl 2024



8. Plant Ihre Partei Maßnahmen, um die Verwendung und den Handel ziviler Schusswaffen (für Jäger, Sportschützen, Sammler, Airsoft und Paintball etc.) auf EU-Ebene weiter einzuschränken und falls ja, welche Vorschläge befürworten Sie?

	<p>Wir wollen die Verfügbarkeit von illegalen Schusswaffen einschränken und den Schwarzmarkt austrocknen. Für sogenannte Anscheinswaffen wollen wir wirksame europäische Standards einführen, damit eine Reaktivierung der Waffen nicht mehr möglich ist. Waffen und relevante Waffenteile müssen lückenlos registriert werden. Wir setzen uns für gemeinsame und strenge Standards für die Zuverlässigkeitsprüfung für Waffenbesitzer*innen ein.</p>
	<p>Für Verwendung und Handel von zivilen Schusswaffen sind die EU-Feuerwaffenrichtlinie und die EU-Feuerwaffenverordnung grundlegend. Die EU-Feuerwaffenrichtlinie wurde letztmals im Jahre 2021 überarbeitet, es wird jedoch nur ein Ziel festgelegt und es obliegt den Mitgliedstaaten, eigene Rechtsvorschriften zur Verwirklichung dieses Ziels zu erlassen. 2025 wird die EU-Kommission einen ersten Bericht über die Anwendung dieser Richtlinie vorlegen. Die für den Handel von zivilen Feuerwaffen grundlegende EU-Feuerwaffenverordnung wurde erst vor kurzem überarbeitet und tritt vrsl. Ende 2024 in Kraft. Die neuen Vorschriften werden Bürger*innen der EU die legale Einfuhr und Ausfuhr von Feuerwaffen für den zivilen Gebrauch bspw. im Falle der vorübergehenden Ein- oder Ausfuhr für Jäger, Sportschützen oder Aussteller erleichtern. Die klareren und harmonisierten Vorschriften werden den Handel mit und die Verbringung von Feuerwaffen für Hersteller, Händler und Nutzer von Feuerwaffen vereinfachen.</p>
	<p>Nein. Wir halten eine vernünftige Begrenzung und Kontrolle des Waffenbesitzes für notwendig. Die legalen Waffenbesitzer in Deutschland dürfen und werden wir nicht einfach unter Generalverdacht stellen und mit überbordender Bürokratie weiter belasten. Schwerpunkt der Bemühungen um Innere Sicherheit und Kriminalitätsbekämpfung muss der Kampf gegen den illegalen Waffenbesitz sein. Dieser darf nicht dadurch untergraben werden, dass Kapazitäten von Polizei und Waffenbehörden für bürokratische Überwachung legaler Waffenbesitzer gebunden werden.</p>
	<p>Wir Freie Demokraten sind der Ansicht, dass Jäger und Sportschützen durch europäisches wie nationales Recht bereits sehr stark reguliert werden. Wir sehen keine Notwendigkeit, die bestehenden Regeln, die in dieser Form noch nicht lange in Kraft sind, weiter anzupassen. Der legale und regulierte Besitz von Feuerwaffen ist keine Gefahr für die öffentliche Sicherheit. Terroristen und Straftäter können für ihre Taten derzeit auf einen großen Schwarzmarkt mit illegalen Feuerwaffen zurückgreifen. Es ist deshalb zwingend nötig, auf nationaler wie europäischer Ebene stärkere Anstrengungen bei der Bekämpfung des illegalen Waffenhandels zu unternehmen. Hierbei kann insbesondere Europol eine zentrale Rolle spielen.</p>
	<p>Nein. Die AfD lehnt weitere Restriktionen im europäischen und deutschen Waffenrecht kategorisch ab und spricht sich für die Rücknahme von Einschränkungen für Legalwaffenbesitzer aus, die mit der letzten Überarbeitung der Europäischen Feuerwaffenrichtlinie Einzug hielten. Aber auch das unstrukturiert gewachsene deutsche Waffenrecht benötigt dringend eine Neufassung. Der VDB hatte hierzu im letzten Jahr bereits konkrete Vorschläge erstellt, die aus Sicht der AfD eine sinnvolle Grundlage für die Novellierung des deutschen Waffenrechtes bildet.</p>
	<p>Für die überwältigende Masse der Betroffenen, die mit Waffen stets verantwortungsvoll umgehen, sind weitere Verbote und Vorgaben nur demotivierend. Wir FREIE WÄHLER setzen und deshalb für bürgernahe Lösungen beim Thema Waffenbesitz ein. Weitere Einschränkungen sind deshalb von uns nicht geplant.</p>